

Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht

52

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Professor Dr. Ulrich Drobnig, Professor Dr. Hein Kötz
und Professor Dr. Dr. h. c. Ernst-Joachim Mestmäcker

Stiftungstypus und Unternehmensträgerstiftung

Eine rechtsvergleichende Untersuchung

von
Herbert Kronke



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1988

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Universität Trier gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Kronke, Herbert:

Siftungstypus und Unternehmensträgerstiftung : e.

rechtsvergleichende Unters. / von Herbert Kronke. – Tübingen :

Mohr, 1988

(Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht; 52)

Zugl.: Trier, Univ., Habil.-Schr., 1986

ISBN 3-16-645331-8 / eISBN 978-3-16-160306-8 unveränderte eBook-Ausgabe 2022

ISSN 0340-6709

NE: GT

© 1988 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Typobauer Filmsatz GmbH, Scharnhausen; Druck: Gulde-Druck GmbH, Tübingen; Einband von Großbuchbinderei Heinrich Koch, Tübingen

Printed in Germany

Für Angela

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung hat dem Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Trier im Sommer 1986 als Habilitationsschrift vorgelegen. Das Habilitationsverfahren wurde Anfang 1987 abgeschlossen. Später erschienene Literatur und neuere Rechtsprechung wurden – zumindest in den Fußnoten – nachgetragen. Erst nach Drucklegung wurden mir zugänglich T.J. van der Ploegs Gutachten „Stichtingen en trusts in het algemeen belang“ für die Nederlandse Vereniging voor Rechtsvergelijking (1986), Francesco Galganos kommentierte Rechtsprechungssammlung „Le associazioni, le fondazioni, i comitati“ (1987) sowie der schwedische Regierungsentwurf eines neuen Stiftungsgesetzes (Stiftelser, Förslag till lag om stiftelser, Ds Ju 1987 : 14).

Die Arbeit entstand während meiner Zeit als Assistent bei Professor Bernd von Hoffmann, dem vor allem ich zu Dank verpflichtet bin – nicht nur für die Betreuung dieser Schrift, sondern für eine gute, für das wissenschaftliche Wachstum entscheidende Zeit in Trier.

Einer Reihe weiterer Personen gilt es Dank abzustatten: Den Professoren Ernst-Joachim Mestmäcker und Ernst Steindorff für die Ermutigung, dieses Thema in rechtsvergleichender Perspektive zu bearbeiten; Professor Richard M. Buxbaum für seine großzügige Bereitschaft, während eines achtmonatigen Forschungsaufenthaltes an der School of Law der University of California in Berkeley Thesen und Argumente durchzusprechen, Hinweise zu geben, ja, ganze Passagen des Manuskriptentwurfs kritisch zu lesen; Professor Walter F. Lindacher, der die Mühe der Erstattung des Zweitvotums im Habilitationsverfahren auf sich genommen hat; Professor Ulrich Drobnig, meinem früheren Lehrer, Professor Hein Kötz und Professor Ernst-Joachim Mestmäcker, Direktoren des Instituts, für die Aufnahme in diese von ihnen herausgegebene Schriftenreihe.

Vielfache Hinweise auf entlegenes Material und Beschaffungshilfe verdanke ich den Hamburger Freunden und ehemaligen Institutskollegen Rüdiger Baatz, Jürgen Basedow und Dieter Martiny sowie dem Team des Trierer Bibliotheksfachreferats. Frau Veronika Lorré hat dankenswerterweise das Manuskript geschrieben. Meine Frau, der ich das Buch widme, hat nicht nur die bekannten, in Vorworten stets und zu Recht hervorgehobenen Belastungen ertragen, sondern mir zudem in zwei Durchgängen beim Korrekturlesen geholfen; übersehene Fehler sind gleichwohl allein mir zuzurechnen.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat den Forschungsaufenthalt in Berkeley sowie den Druck dieser Arbeit mit großzügigen Zuschüssen unterstützt – auch dafür danke ich.

Köln, im Mai 1988

HERBERT KRONKE

Inhaltsübersicht

§ 1	Einführung	1
-----	----------------------	---

Erster Teil:

Grundlagen des Stiftungsrechts

§ 2	Begriff, Typus und Erscheinungsformen der privatrechtlichen Stiftung	7
§ 3	Errichtung	13
§ 4	Stiftungszweck	56
§ 5	Stiftungsvermögen	85
§ 6	Stiftungsverfassung	106
§ 7	Stellung der Destinatäre	139
§ 8	Stiftungsaufsicht und Stiftungspublizität	147
§ 9	Stiftung und Steuerrecht	170
§ 10	Beendigung	180

Zweiter Teil:

Die Stiftung als Unternehmensträger

§ 11	Grundlagen	187
§ 12	Zulässigkeit der Unternehmensträgerstiftung	195
§ 13	Eignungsfragen	228
§ 14	Rechtsformübergreifende Betrachtung: Erreichbarkeit von Zwecken der Unternehmensträgerstiftung in anderen Rechtsformen	249

Dritter Teil:

Unternehmensträgerstiftung und das „Neue Unternehmensrecht“

§ 15	Einführung	291
§ 16	Gemeinwohlbezug des Wirtschaftsunternehmens (Corporate Social Responsibility)	295
§ 17	Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Unternehmen	333
§ 18	Zusammenfassung	355

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Einführung	1
	A. Ausgangspunkt der Themenstellung	1
	B. Rechtsvergleichung	3
	I. Ziele	3
	II. Auswahl	4
	C. Gang der Untersuchung	5
	Erster Teil: Grundlagen des Stiftungsrechts	7
§ 2	Begriff, Typus und Erscheinungsformen der privatrechtlichen Stiftung	7
§ 3	Errichtung	13
	A. Stiftungsgeschäft/Errichtungsakt	13
	I. Grundlage: Erklärung des Stifters	13
	II. Anwendbarkeit der allgemeinen Vorschriften auf die Stiftungserklärung	14
	III. Besondere Behandlung der Stiftungserklärung	17
	1. Handlungsfähigkeit/„Stiftungsfähigkeit“	17
	2. Mängel des Errichtungsgeschäfts	19
	3. Bedingungen, Befristungen	19
	4. Widerruf der Stiftungserklärung	20
	5. Auslegung	22
	IV. Inhalt	24
	1. Minimalregelung	24
	2. Weitreichende inhaltliche Anforderungen	24
	3. Fakultative nähere Ausgestaltung	26
	4. Vermögenswidmung	26
	V. Form	28
	VI. Errichtung durch Verfügung von Todes wegen als Sonderproblem?	28
	VII. Gläubiger- und Erbenschutz	30
	B. Weitere Entstehungsvoraussetzungen	31
	I. Keine weiteren Entstehungsvoraussetzungen: Unselbständige Stiftung und trust	31
	II. Voraussetzungen zur Erlangung von Rechtspersönlichkeit	32
	1. Freie Stiftungserrichtung	32
	2. System der Normativbedingungen mit Registerzwang	33
	3. Quasi-automatische Konzessionserteilung	35
	4. Gebundener Hoheitsakt	37
	5. Ermessensakt	42
	C. Errichtungsmängel und Verkehrsschutz	44

I.	Rechtsordnungen mit Konzessionssystem	44
1.	Behandlung bis zum Genehmigungszeitpunkt	45
2.	Behandlung ab Genehmigungszeitpunkt	45
II.	Rechtsordnungen ohne Konzessionssystem	46
D.	„Vorstiftung“?	47
E.	Zusammenfassung und Vergleich	48
I.	Errichtungsakt des Stifters	49
II.	Staatliche Mitwirkung und freie Stiftungserrichtung	51
§ 4	Stiftungszweck	56
A.	Allgemeines	56
I.	Begriff des Zwecks	56
II.	Zweckbestimmung als Merkmal aller stiftungshaften Gebilde	57
III.	Zweck und andere Stiftungsmerkmale	57
B.	Zulässigkeit des Zwecks	57
I.	Zulassung nur gemeinnütziger Zwecke	58
1.	Begriff der Gemeinnützigkeit	58
2.	Hauptbeispiel Frankreich	58
II.	Zulassung auch privatnütziger Zwecke	59
1.	Festlegung von Familienvermögen	59
a.	Fideikommiß	59
b.	Familienstiftungen	59
2.	Kommerzielle Zwecke	62
a.	Ohne Beschränkungen	62
b.	Mögliche Beschränkungszwecke: Verkehrsschutz, Kontrolle „gesellschaftlicher Nützlichkeit“	65
III.	Trust: Trennung nach Funktionen	69
1.	Charitable trust	69
2.	Private trust	70
3.	Unterschiede der Regelung	71
a.	Privilegierung des charitable trust	71
b.	Privilegierung besonderer private trusts	72
IV.	Zusammenfassung und Vergleich	72
C.	Zweckanpassung	75
I.	Obrigkeitliche Zweckanpassung	75
II.	Autonome Zweckanpassung	77
1.	Restriktive Anpassungszulassung	77
2.	Weite Anpassungszulassung bei staatlicher Mitwirkung	78
3.	Weite Anpassungszulassung ohne staatliche Mitwirkung	80
III.	Trust: Trennung nach Funktionen	80
1.	Charitable trust	80
2.	Private trust	81
IV.	Zusammenfassung und Vergleich	82
§ 5	Stiftungsvermögen	85
A.	Allgemeines	85
B.	Vermögensorganisation	85

I.	Vermögenszusammensetzung	85
1.	Notwendigkeit von Anfangsvermögen	85
2.	Mindestkapital – Gläubigerschutz	85
3.	Inhaltliche Beschränkungen	88
II.	Vermögensverwaltung – Vermögensschutz, Akkumulation, Veränderbarkeit	91
1.	Ausgangspunkt: Erhaltungspflicht	91
2.	Nähere Ausgestaltung	92
a.	Staatliche Regulierung	92
b.	Kontrolle und Freiheit nach Maßgabe des Stifterwillens – Möglichkeit der Sonderbehandlung von Unterneh- mensträgerstiftungen	93
c.	Korrelat der Freiheit: Steuerrechtliche Sanktionen	95
III.	Haftung	96
1.	Rechtsfähige Stiftung	96
2.	Fiduziarische Stiftung	97
3.	Trust	97
4.	Durchgriff	98
IV.	Konkurs	99
1.	Keine Konkursfähigkeit	99
2.	Besondere stiftungsrechtliche Behandlung insolventer Stif- tungen	100
3.	Uneingeschränkte Konkursfähigkeit	100
C.	Zusammenfassung und Vergleich	101
§ 6	Stiftungsverfassung	106
A.	Allgemeines	106
B.	Organe	107
I.	Zwingende Regelung ohne Gestaltungsfreiheit	107
II.	Gesetzliche Minimalregelung und Ausgestaltungsfreiheit des Stifters	107
1.	Organarten, Zusammensetzung, Bestellung	107
a.	Notwendiges Organ	107
b.	Fakultative Organe	109
c.	Privilegierte Organmitgliedschaft	110
2.	Aufgaben	110
a.	Geschäftsführung	111
b.	Vertretung	111
c.	Aufsichtsorgane	113
3.	Organhaftung	116
III.	Fremdkontrolle der Organe	117
IV.	Organisationsänderungen	118
1.	Italien: Änderungssperre zweifelhafter Bedeutung	118
2.	Übrige Rechtsordnungen: Zulässigkeit stiftungsautonomer Organisationsänderung	119
C.	Stiftungsverfassung und Stiftungstypus	120
I.	Stiftung und Körperschaft	120

1. Theoretischer Ausgangspunkt	120
2. Fortschreitende Typenvermischung?	120
a. Körperschaftliche Organisationsgestaltung in Italien und Deutschland	120
b. Diskussion des Mitgliederverbots in den Niederlanden	122
c. Grenz- und Testfall: Dänische Sparkassen	123
d. Kalifornien: Mitgliederlose Körperschaft	124
II. Stiftungsidentität und Mitwirkungsrechte Dritter	125
1. Mitbestimmung von Mitarbeitern und Stiftungsbegünstigten	125
2. Beteiligung der Öffentlichkeit an Stiftungsorganen	128
III. Stiftungsverfassung und Trust	129
1. Technische Aspekte	129
2. Strukturelle Aspekte	130
D. Zusammenfassung und Vergleich	131
I. Einzelfragen	131
II. Stiftungsverfassung und Stiftungstypus	134
§ 7 Stellung der Destinatäre	139
A. Grundlagen	139
I. Bestimmungsfreiheit des Stifters	139
II. Stiftungsorganisation und Destinatäre	140
B. Art und Umfang der Destinatärsrechte	141
I. Normalregelung für rechtsfähige Stiftung und Trust	141
II. Erweiterung der Destinatärsrechte – Anspruch auf ordnungs- gemäße Stiftungsverwaltung?	142
III. Sonderfall: Personalvorsorgestiftung	144
C. Zusammenfassung	145
§ 8 Stiftungsaufsicht und Stiftungspublizität	147
A. Aufsicht	147
I. Französisches Modell: haute surveillance	147
II. Rechtsaufsicht als gebundene „positive Staatsaufsicht“	148
III. Stifterbestimmter Aufsichtsumfang und Verzicht auf Staats- aufsicht	152
IV. Aufsichtsminimum – Übernahme gesellschaftsrechtlicher Lö- sungen?	153
V. Steuerrechtliche Sanktionen als Aufsichtersatz	154
VI. Zusammenfassung und Vergleich	156
B. Publizität	160
I. Zwecke	160
II. Mittel	160
1. Allgemeines Stiftungsrecht	160
a. Bundesrepublik Deutschland: Kaum Stiftungspublizität	160
b. Übrige Rechtsordnungen: Unterschiedlich weite Stif- tungspublizität	161
2. Sonderregeln für Unternehmensträgerstiftungen	163
a. Bundesrepublik Deutschland	163

	b. Niederlande	163
	c. Dänemark	164
	d. Norwegen	164
	3. Publizitätslücken	164
	III. Zusammenfassung und Vergleich	166
§ 9	Stiftung und Steuerrecht	170
	A. Vorbemerkungen	170
	B. Hauptlinien der Stiftungsbesteuerung in der Bundesrepublik mit vergleichenden Hinweisen auf ausländische Rechte	171
	I. Steuerpflicht	171
	1. Allgemeine Steuerpflicht	171
	2. „Sondersteuern“ für Stiftungen als Ansatz staatlicher Len- kung unternehmerischer Organisationsentscheidungen	173
	II. Steuerprivilegien	175
	1. Gemeinnützigkeit	175
	2. Personalvorsorgestiftungen	176
	III. Stiftungsbesteuerung und Besteuerung anderer juristischer Personen	177
	1. Gründungsbesteuerung	177
	2. Laufende Besteuerung	177
	IV. Zusammenfassung	178
§ 10	Beendigung	180
	A. Beendigung durch Behörde oder Gericht	180
	B. Beendigung aufgrund eigener Verfassung	181
	C. Fusion	183
	D. Verhältnis Zweckanpassung/Fusion/Aufhebung	184
	E. Verfahren	185
	Zweiter Teil: Die Stiftung als Unternehmensträger	187
§ 11	Grundlagen	187
	A. Begriffe	187
	B. Vorkommen stiftunggetragener Unternehmen	188
	I. Kontinentaleuropäische Rechtsordnungen ohne nennenswerte Nutzung der Unternehmensträgerstiftung	188
	II. Kontinentaleuropäische Rechtsordnungen mit verbreiteter Nutzung von Unternehmensträgerstiftungen	189
	III. Common-Law-Rechtsordnungen	191
	C. Bedingungen der Nutzung oder Nichtnutzung der Stiftung für Unternehmensträgerzwecke	192
	I. Stiftungsrecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht	192
	II. Korporationsrechtliches Umfeld	193
	III. Wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Rahmenbedingun- gen	194
§ 12	Zulässigkeit der Unternehmensträgerstiftung	195

A.	Vorbemerkungen	195
B.	Die zivilrechtsdogmatische Seite des Zulassungsproblems	197
	I. Verstoß gegen Normen des bürgerlichen Rechts und „teleologische Expansion“ des Fideikommißverbots	197
	II. Vereinbarkeit mit Grundsätzen des Personengesellschaftsrechts	200
	III. Vereinbarkeit mit Grundsätzen des Kapitalgesellschaftsrechts	203
	1. Versuche der Statutengestaltung unter deutschem Recht	204
	2. Kapitalgesellschaften als trust-Vermögen im anglo-amerikanischen Recht	204
	3. Ergebnis	206
	IV. Gläubigerschutzprobleme	208
	V. Gleichbehandlung mit wirtschaftlichem Verein	209
	VI. Übereinstimmung mit Stiftungstypus	210
C.	Die wirtschaftsverfassungsrechtliche Seite des Zulassungsproblems	213
	I. Neoliberales Modell und unternehmensrechtliche Konsequenzen	214
	II. Kritik	215
	III. Rechtsvergleichung	219
D.	Die rechtspolitische Seite des Zulassungsproblems	221
	I. Wettbewerbsfragen	221
	II. Grenzen, Ziele, Bedarf	223
§ 13	Eignungsfragen	228
	A. Organisation der Unternehmensträgerschaft im Spannungsverhältnis zwischen Stiftungs- und Unternehmensinteressen	228
	I. Probleme	228
	II. Lösungswege	229
	1. Grundsätzliches	229
	2. Beispiele	234
	a. Gleichrangigkeit von Unternehmensbetrieb und sonstigen Zwecken	234
	b. Vorrang der sonstigen Zwecke und instrumentaler Unternehmensbetrieb	238
	c. Unternehmenserhaltung einziger Zweck	240
	3. Ergebnis	241
	B. Finanzierung	241
	I. Funktionen der Finanzierungsmechanismen	241
	II. Die Finanzierbarkeit der Stiftung	242
	1. Fremdfinanzierung	243
	2. Beteiligungsfinanzierung	244
§ 14	Rechtsformübergreifende Betrachtung: Erreichbarkeit von Zwecken der Unternehmensträgerstiftung in anderen Rechtsformen	249
	A. Bindung an den „Geist des Gründers“	249
	I. Gestaltungsziele	249
	II. Perpetuierungsmöglichkeiten im Gesellschaftsrecht: Punktuelle Ansätze	250

1. Bindung der Gesellschafter an Unternehmenspolitik (Grundlagenentscheidungen)	250
a. Überwiegend perpetuierungsbegünstigende Regelungen	252
b. Rechtsformspezifische Regelungen	254
c. Kompromißlösungen für typische close corporations	256
2. Einflußnahme auf Besetzung der Unternehmensleitung	259
a. Überwiegend perpetuierungsbegünstigende Regelungen	259
b. Überwiegend perpetuierungsverhindernde Regelungen	262
3. Verhinderung des Kapitalverlusts	264
a. Entnahmerechte und ihre Einschränkung	264
b. Verhinderung des Kapitalverlusts bei Tod eines Gesell- schafters	265
4. Abschließbarkeit gegen Fremdeinfluß	269
III. Perpetuierungsmöglichkeiten im Gesellschaftsrecht: Umfas- sende Ansätze	271
1. Treuhänderisch verwaltete GmbH	271
2. Administratiekantoor	273
3. Voting trust	273
IV. Perpetuierungsmöglichkeiten außerhalb von Stiftungs- und Gesellschaftsrecht	274
V. Zusammenfassung	276
B. Öffentliche Unternehmen – Sonderfall der Programmbindung von Unternehmen?	278
I. Ausgangspunkt	278
II. Überprüfung der These	279
III. Ergebnis	283
C. Rechtliche Verselbständigung eines Vermögens zu Unternehmens- zwecken	284
I. Einmanngesellschaft	284
1. Vorkommen	284
2. Problematik und Lösungen	286
II. Keinmanngesellschaft	287
 Dritter Teil: Unternehmensträgerstiftungen und das „Neue Unternehmensrecht“	 291
§ 15 Einführung	291
A. Topoi der Diskussion (Überblick)	291
B. Bisherige Konkretisierung	293
I. Gesetzgebungsebene	293
II. Rechtsprechung	294
III. Vorschläge des American Law Institute	294

§ 16	Gemeinwohlbezug des Wirtschaftsunternehmens (Corporate Social Responsibility)	295
	A. Ursprung und Bedeutung	295
	B. Begründung: Legitimität	298
	C. Gegenstimmen	300
	I. Juristische Einwände	301
	II. Ökonomische Einwände	303
	D. Rechtliche Umsetzung – Regulation/Interventionismus versus Verankerung in der Unternehmensorganisation	306
	E. Ansatz im Kapitalgesellschaftsrecht	308
	I. Lösungsmöglichkeiten – Darstellung und Kritik	308
	1. Aktionärs- oder Unternehmensdemokratie?	308
	2. Zusammensetzung der Unternehmensleitungsorgane	310
	3. Materielle Umschreibung der Organpflichten	312
	4. Prozeduraler Ansatz	314
	II. Grundsatzprobleme der Verankerung im Kapitalgesellschaftsrecht	314
	1. Strukturelle Schwierigkeiten	314
	2. Rechtspolitische Bedenken	317
	III. Zwischenergebnis	318
	F. Ansatz im Treuhandrecht	318
	I. Vorschläge	318
	II. Bewertung	319
	G. Lösungsansatz Unternehmensträgerstiftung	321
	I. Unternehmensinteresse als Element der Veranstaltung der Unternehmensträger	321
	II. Vorteile der Stiftungsform	325
	1. Rechtssicherheit, Interessenhomogenität, Verwaltungsgarantien, Dauerhaftigkeit	325
	2. Übertragbarkeit auf Kapitalgesellschaften?	328
	3. Übertragbarkeit auf mittelbare Unternehmensträgerstiftungen?	329
	III. Ersetzung der Kapitalgesellschaftsform durch Stiftungen als Unternehmensträger zur Gewährleistung sozial verantwortlichen Unternehmensverhaltens?	330
§ 17	Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Unternehmen	333
	A. Begründung und Ziele	334
	B. Lösungsmodelle und Probleme bei Handelsgesellschaften als Unternehmensträgern	335
	I. Bundesrepublik Deutschland	335
	1. Verankerung im Gesellschaftsrecht	335
	2. Entwicklung vor aktienrechtlichem Hintergrund – Rechtsformspezifische Ausgestaltung	342
	II. Niederlande	343
	1. Gesetzliche Regelung	343
	2. Schlußfolgerungen der Doktrin	345
	III. Zusammenfassung und Vergleich	347

C.	Lösungsansatz Unternehmensträgerstiftung	350
I.	Grundlagen	350
II.	Gestaltungsmöglichkeiten bei unmittelbarer und mittelbarer Unternehmensträgerschaft	352
§ 18	Zusammenfassung	355
	Literaturverzeichnis	359
	Entscheidungsregister	383
	Sachregister	389

Abkürzungsverzeichnis

A. (2d)	Atlantic Reporter (Second Series)
A. A., a. A.	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
A. B. A. J.	American Bar Association Journal
Abs.	Absatz
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. Kontrollrat	Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland
A. C.	Law Reports, Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
Allen, Mass.	Allen's Massachusetts Supreme Judicial Court Reports
All E. R.	All England Law Reports
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten
A. L. R.	American Law Reports
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Ann.	Annotated
Ann. dir. comp.	Annuario di diritto comparato e di studi legislativi
AO	Abgabenordnung
AöU	Archiv für öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen
App.	Corte d'Appello
App. D. C.	Appeals Cases, District of Columbia
App. Div.	New York Supreme Court, Appellate Division Reports
ArchBürgR	Archiv für Bürgerliches Recht
Arr.-Rechtb.	Arrondissements-Rechtbank
ARS	Arbeitsrechts-Sammlung
Art. (Artt.)	Artikel
Aufl.	Auflage
AV	Ausführungsverordnung
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
Banca borsa tit. cred.	Banca, borsa e titoli di credito
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BayStiG	Bayerisches Stiftungsgesetz
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter

BayVGH	Bayerischer Verwaltunggerichtshof
BB	Betriebs-Berater
Beav.	Beavan's English Rolls Court Reports
BerDGesVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BerlStiG	Berliner Stiftungsgesetz
Bespr.	Besprechung
Betr.	Der Betrieb
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BG	Schweizerisches Bundesgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichtes
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bol. Fac. dir. Univ. Coimbra	Boletim da Faculdade de direito da Universidade de Coimbra
Boston U.L. Rev.	Boston University Law Review
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BStBl.	Bundessteuerblatt
BStiFG	(österreichisches) Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buchst.	Buchstabe
Bull. EG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften
Bull. Soc. lég. comp.	Bulletin de la Société de législation comparée
Bus. Law.	The Business Lawyer
BV	Besloten Vennootschap
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVG	(schweizerisches) Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
BVV 2	Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
BW	Burgerlijk Wetboek
BWStiG	Stiftungsgesetz für Baden-Württemberg
C. A.	Court of Appeal
Cal.	California
Cal. App.	California Appellate Reports
Cal. Gen. Corp. L.	California General Corporation Law
Calif. L. Rev.	California Law Review
Cal. Rptr.	California Reporter
Cal. Stats.	Statutes of California
can.	canon
Cass.	Corte di Cassazione; Cour de Cassation

C. c.	Code civil
cert. den.	certiorari denied
ch.	chapter
Ch. (D.)	Law Reports, Chancery Division
Chicago Kent L. Rev.	Chicago-Kent Law Review
CIC	Codex Iuris Canonici
C.J.S.	Corpus Juris Secundum
Cir.	Circuit (United States Court of Appeals, . . . Judicial Circuit)
Clev.-Mar. L. Rev.	Cleveland-Marshall Law Review
Clev. St. L. Rev.	Cleveland State Law Review
Cod. civ.	Codice civile
Co. Law.	The Company Lawyer
Colo.	Colorado
Colum. J.L. Soc. Probl.	Columbia Journal of Law and Social Problems
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Cons. St.	Consiglio di Stato
Cons. Stato	Il Consiglio di Stato
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
D.	Dalloz
D.C. Cir.	United States Court of Appeals, District of Columbia Circuit
D. Chr.	Dalloz
Del. Ch.	Delaware Chancery Reports
Del. Gen. Corp. L.	Delaware General Corporation Law
Del. Supr.	Supreme Court of Delaware
Dep. Rtl.	Departementale richtlijnen
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
Dir. fall.	Il diritto fallimentare e delle società commerciali
Disp. att.	Disposizioni di attuazione
Diss.	juristische Dissertation
Diss. rer. pol.	wirtschaftswissenschaftliche Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
D.L.R.	Dominion Law Reports
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
D.P.	Dalloz
Dr. & Aff.	Droit et CEE Affaires international
Drs.	Drucksache
DRZ	Deutsche Rechts-Zeitschrift
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
ebd.	ebenda
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
eGmbH	eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Eliz.	Queen Elizabeth

Enc. dir.	Enciclopedia del diritto
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
ex rel.	ex relatione
F. (2d)	Federal Reporter (Second Series)
f. (ff.)	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fla.	Florida
Fla. App.	Florida Appeals Reports
Fordham L. Rev.	Fordham Law Review
Foro it.	Il Foro italiano
Foro pad.	Il Foro padano
FR	Frankfurter Rundschau
FS	Festschrift
F. Supp.	Federal Supplement
FT	Financial Times
Ga.	Georgia Supreme Court Reports
Gaz. Pal.	La Gazette du Palais
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
Geo.	King George
GesRZ	Der Gesellschafter
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
Giur. comm.	Giurisprudenza commerciale società e fallimento
Giur. it.	Giurisprudenza italiana
Giust. civ.	Giustizia civile
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbH-R.dsch.	GmbH-Rundschau
Gov.	Government
GrünhutsZ	Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart
G. U.	Gazzetta Ufficiale
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HambgAGBGB	Hamburgisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht Hamburg
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hastings L.J.	Hastings Law Journal
HB	Handelsblatt
H. D.	Højesteretsdomme
HdRW	Handwörterbuch der Rechtswissenschaft

HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft
HessStiG	Hessisches Stiftungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
H. K. K.	Højesterets Kæremålsudvalgs kendelse
H. L.	House of Lords
Hofstra L. Rev.	Hofstra Law Review
H. R.	Hoge Raad; House of Representatives
hrsg.	herausgegeben
HRV	(schweizerische) Verordnung über das Handelsregister
i. d. F.	in der Fassung
Ill.	Illinois
Ill. App.	Illinois Appellate Court Reports
Ind. App.	Indiana Appellate Court Reports
Int. Enc. Comp. L.	International Encyclopedia of Comparative Law
IRC	Internal Revenue Code
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i. S. (d.)	im Sinne (der, des)
i. V. m.	in Verbindung mit
J.	Justice
J. Bus. L.	Journal of Business Law
Jb. Basler JurFak	Jahrbuch der Basler Juristenfakultät
J. Leg. Stud.	Journal of Legal Studies
J. O.	Journal Officiel
J. Pol. Econ.	The Journal of Political Economy
JR	Juristische Rundschau
J. T.	Journal des tribunaux
J. Tax.	Journal of Taxation
JurBl.	Juristische Blätter
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KAGG	Gesetz über die Kapitalanlagegesellschaften
Kan.	Kansas Supreme Court Reports
Kans. App.	Kansas Appeals Reports
K. B.	Law Reports, King's Bench Division
KG	Kammergericht; Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KO	Konkursordnung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
Ktg.	Kantongerecht
KVStG	Kapitalverkehrsteuergesetz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
Lfg.	Lieferung

LGBI.	Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
L.J.	Lord Justice
L.J.Ch.	Law Journal Reports, Chancery
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
L.R.	Law Reports
L.R.H.L.Sc.	Law Reports, House of Lords, Scotch and Divorce Appeal Cases
LSC	Loi n. 66–537 sur les sociétés commerciales
Macq.	Macqueen's Scotch Appeal Cases (House of Lords)
Mass.	Massachusetts; Massachusetts Supreme Judicial Court Reports
Mass. Giust. civ.	Giustizia civile, Massimario
Mich.	Michigan; Supreme Court of Michigan
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
Mich. App.	Michigan Court of Appeals Reports
Minerva	Minerva, A Review of Science, Learning and Policy
Minn.	Minnesota
Mio.	Millionen
Misc.	Miscellaneous Reports (New York)
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer
M.L.R.	Modern Law Review
Mo.	Missouri; Missouri Supreme Court Reports
Mon. trib.	Monitore dei tribunali
Mot.	Motive zum Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches
M.R.	Masters of the Rolls
Mrd.	Milliarden
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
N.	Note
NBW	Nieuw Burgerlijk Wetboek
NdsGVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
NdsMinBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt
NdsStiG	Niedersächsisches Stiftungsgesetz
N.E. (2d)	North Eastern Reporter (Second Series)
N.J.	Nederlandse Jurisprudentie; New Jersey
N.J.B.	Nederlands Juristenblad
N.J. Super.	New Jersey Superior Court Reports
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
N.L.J.	New Law Journal
Notre Dame Law.	The Notre Dame Lawyer
Notre Dame L. Rev.	The Notre Dame Law Review
Nr.	Nummer
NV	Naamloze Vennootschap
N.V.	De naamloze vennootschap
Nw.	Nachweise

N. W. (2d)	North Western Reporter (Second Series)
NWStiG	Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
N. Y. (2d)	New York; New York Court of Appeals Reports (Second Series)
N. Y. Bus. Corp. L.	New York Business Corporation Law
N. Y.S. (2d)	New York Supplement Reporter (Second Series)
NYSE	New York Stock Exchange
OGH	Oberster Gerichtshof
Oh. C.P.	Court of Common Pleas of Ohio
Ohio State L.J.	Ohio State Law Journal
o.J.	ohne Jahresangabe
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Rechtsprechung der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OR	Schweizerisches Obligationenrecht
ORDO	ORDO – Jahrbuch für Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
Osgoode Hall L.J.	Osgoode Hall Law Journal
Otto	Otto's United States Supreme Court Reports
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster sowie für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg usw.
P. (2d)	Pacific Reporter (Second Series)
Pa.	Pennsylvania Supreme Court Reports
Pa. Stat. Ann.	Pennsylvania Statutes Annotated
PGR	Das (liechtensteinische) Personen- und Gesellschaftsrecht
PrAGBGB	Preußisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Pres.	President
Pret.	Pretura
Prot.	Protokolle der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs
PublG	Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen
Quaderni fior.	Quaderni fiorentini per la storia del pensiero giuridico moderno
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAG	Reichsarbeitsgericht
Rass. dir. civ.	Rassegna di diritto civile
Rdz.	Randziffer
Reg.	Regulations Construing the Internal Revenue Code

Rép. Dr. civ.	Dalloz Encyclopédie Juridique, Répertoire de Droit civil
Répert. Notar. Defrénois	Répertoire du notariat Defrénois
Rep. Giur. it.	Repertorio generale annuale della giurisprudenza italiana
Rev.	Revised
Rev. der. priv.	Revista de derecho privado
Rev. dr. pub.	Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger
Rev. soc.	Revue des sociétés
Rev. trim. dr. civ.	Revue trimestrielle de droit civil
Rev. trim. dr. comm.	Revue trimestrielle de droit commercial
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RhPfstiG	Stiftungsgesetz von Rheinland-Pfalz
Riv. dir. civ.	Rivista di diritto civile
Riv. dir. comm.	Rivista del diritto commerciale e del diritto generale delle obbligazioni
Riv. soc.	Rivista delle società
Riv. trim. dir. proc. civ.	Rivista trimestrale di diritto e procedura civile
R. M. T.	Rechtsgeleerd Magazijn Themis
Rspr.	Rechtsprechung
Rv	Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering
S.	Recueil Sirey; Senate Bill; Seite
s.	section; siehe
SAG	Die schweizerische Aktiengesellschaft
SchKG	(schweizerisches) Bundesgesetz betreffend Schuldbetreibung und Konkurs
SchlHStiG	Stiftungsgesetz von Schleswig-Holstein
S. Ct.	Supreme Court Reporter
S.D. Iowa	United States District Court for the Southern District of Iowa
S. E. (2d)	South Eastern Reporter (Second Series)
SEC	Securities and Exchange Commission
sec.	section
sez. un.	sezioni unite
SFS	Svensk Författningssamling
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
SMA	Sowjetische Militär-Administration
So.	Southern Reporter
SR	Systematische Sammlung des (schweizerischen) Bundesrechts
ST	Systematischer Teil
Stanford L. Rev.	Stanford Law Review
Stb.	Staatsblad von het Koninkrijk der Nederlanden
StiRspr.	Stiftungen in der Rechtsprechung

StuW	Steuer und Wirtschaft
SvJT	Svensk Juristtidning
S. W. (2d)	South Western Reporter (Second Series)
SZ	Süddeutsche Zeitung
TAR	Tribunale Amministrativo Regionale
Tax L. Rev.	Tax Law Review
Tex.	Texas
Tex. Civ. App.	Court of Civil Appeals of Texas
TfR	Tidsskrift for Rettsvitenskap
Trib.	Tribunal; Tribunale
TVG	Tarifvertragsgesetz
T. V. V. S.	T. V. V. S. Maandblad voor ondernemingsrecht en rechtspersonen
Tz.	Textziffer
u. a.	und andere; unter anderem
U. Chi. L. Rev.	The University of Chicago Law Review
U. C. L. A. L. Rev.	University of California, Los Angeles, Law Review
U. Detroit L. J.	University of Detroit Law Journal
UfR	Ugeskrift for Retsvæsen
U. Miami L. Rev.	University of Miami Law Review
U. Mich. J. L. Reform	University of Michigan Journal of Law Reform
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
U. S.	United States Supreme Court Reports
U. S. F. L. Rev.	University of San Francisco Law Review
U. Toronto L. J.	The University of Toronto Law Journal
v.	versus
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review
Ves.	Vesey, Senior's, Chancery Reports
VGH	Verwaltungsgerichtshof
Vgl.	Vergleiche
Vita not.	Vita notarile
VStG	Vermögensteuergesetz
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
Wash.	Washington
Wheat.	Wheaton's Reports
W. L. R.	Weekly Law Reports
WM	Wertpapiermitteilungen
W. N. (N. S. W.)	Weekly Notes (New South Wales)
WOR	Wet op de Ondernemingsraden
W. P. N. R.	Weekblad voor privaatrecht, notariaat en registratie

WS	Wet op Stichtingen
WuR	Wirtschaft und Recht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
W. Va.	Supreme Court of Appeals of West Virginia
Yale L.J.	The Yale Law Journal
ZBernJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZBISGV	Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung
ZfBergR	Zeitschrift für Bergrecht
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für schweizerisches Recht

§ 1: Einführung

A. Ausgangspunkt der Themenstellung

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte eine Diskussion über mögliche Formen der Neugestaltung von Großunternehmen ein. Sie wurde vor allem durch Anordnungen der Besatzungsmächte ausgelöst, deren Ziel die Auflösung bestimmter großer Konzerne war¹, ferner durch politische und verfassungsrechtliche Entscheidungen in einigen Bundesländern. Offenbar angeregt durch das eindrucksvolle Beispiel der Carl-Zeiss-Stiftung, die übrigens zur gleichen Zeit in der damaligen sowjetischen Besatzungszone enteignet wurde², wandte die Rechtswissenschaft sich u. a. auch der Stiftungsform als *einer* Möglichkeit einer neuen Unternehmensorganisation zu³. In den folgenden Jahren kam es verschiedentlich zur Entstehung von Stiftungsunternehmen und auch das wissenschaftliche Interesse an diesem Gegenstand nahm weiter zu. Es schloß sich nunmehr eine Phase der *institutionellen* Befassung mit den Problemen der unternehmensverbundenen Stiftungen an: Der 44. Deutsche Juristentag 1962 befaßte sich auf der Grundlage der Gutachten von BALLERSTEDT und SALZWEDEL und des Referats von MESTMÄCKER in seinen Verhandlungen zum Stiftungsrecht vor allem auch mit diesem Aspekt. Angesichts der kontroversen Diskussion zur Frage der Zulässigkeit von Unternehmensstiftungen und damit zusammenhängenden sonstigen stiftungsrechtlichen Problemen setzte man eine besondere Studienkommission ein. Diese legte die Ergebnisse ihrer Arbeit im Jahre 1968 vor. Ihr Bericht vermeldet „lebhaftes Auseinandersetzen“ und das Mißlingen des Versuchs, sich über die Grundfrage der Zulässigkeit zu einigen⁴. Immerhin war man der Ansicht, daß für den Fall ihrer Zulassung die *lege ferenda* Probleme der Kontrolle, der

¹ Vgl. etwa Gesetz Nr. 9 vom 30. 11. 1945, ABl. Kontrollrat Nr. 2 vom 30. 11. 1945, 34; Gesetz Nr. 57 vom 30. 8. 1947, ABl. Kontrollrat Nr. 17 vom 31. 10. 1947, 289.

² Enteignung vom 1. Juni 1948 gestützt auf den SMA-Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948, Urkunde abgedruckt bei WALTER DAVID 109.

³ ALFRED WEBER 8f.; STRICKRODT, Die Stiftung 61f.; ADOLF ARNDT, Rechtsformen der Sozialisierung: DRZ 1947, 37 (39); DUDEN, Zur Verwendbarkeit der Stiftungsform für vergesellschaftete Betriebe: BB 1947, 142; SAENGER, Worte und Begriffe in der Gesetzgebung und Erörterung über die Neuordnung der Grundstoffindustrien: ZfBergR 1949, II, 444; REINHARDT, Die gesellschaftsrechtlichen Fragen der Gestaltung der Unternehmensformen, in: Verhandlungen 39. DJT (1952) B 5 (B 12f.).

⁴ Vorschläge 43.

Rechnungslegung und -prüfung sowie der Publizität durch besondere gesetzliche Vorschriften gelöst werden müßten.

Entgegen der anlässlich der Juristentagsberatungen immerhin erkennbaren Grundtendenz, die Reformbedürftigkeit des Stiftungsrechts im allgemeinen zu bejahen⁵, verneint sie der Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe „Stiftungsrecht“ aus dem Jahre 1976⁶. Die Unternehmensstiftung wurde von diesem Gremium für zulässig gehalten, wobei man allerdings die Frage ihrer näheren gesetzlichen Ausgestaltung an die Unternehmensrechtskommission der Bundesregierung weiterverwies. – Auch die Unternehmensrechtskommission der Bundesregierung blieb in der Beantwortung der Zulässigkeitsfrage gespalten: Ein Teil verneinte sie; vornehmlich wegen mangelnden Bedarfs an dieser Organisationsform neben den anderen Unternehmensformen aber auch wegen der Befürchtung, man könnte sich der Stiftungsform bedienen, um etwa der Mitbestimmungsregelung auszuweichen⁷. Ein anderer Teil der Kommission war demgegenüber der Auffassung, man solle die Stiftung auch künftig als mittelbaren und unmittelbaren Unternehmensträger zulassen⁸. Auch in der Frage, ob sich besondere Regelungen für Unternehmensträgerstiftungen hinsichtlich Entstehung, Organisation, Publizität und Mitbestimmung empfehlen, blieben die Meinungen geteilt⁹.

Trotz großer monographischer Untersuchungen wichtiger Aspekte, wie dem der Grenzen der „Perpetuierung“ von Unternehmen¹⁰, sind die bereits 1962 erkennbaren Standpunkte nach wie vor unverändert. Heute ist – freilich nur im Inland – eine relative Windstille in der literarischen Auseinandersetzung und gleichzeitig ein steigendes praktisches Interesse an der Stiftung als Unternehmensform festzustellen¹¹. Beides fällt zusammen mit einer breiten Erörterung der Grundprobleme eines „Neuen Unternehmensrechts“.

⁵ Verhandlungen 44. DJT II G 31 ff. und Anlage 3.

⁶ Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe passim.

⁷ Bericht über die Verhandlungen Tz. 933 a, 934.

⁸ Bericht über die Verhandlungen Tz. 933 b, 934.

⁹ Bericht über die Verhandlungen Tz. 935 ff.

¹⁰ REUTER, *Privatrechtliche Schranken der Perpetuierung von Unternehmen* (1973); mit entgegengesetzter Argumentation MICHALSKI, *Gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Perpetuierung von Unternehmen* (1980); dazu REUTER, *Die Bestandssicherung von Unternehmen – Ein Schlüssel zur Zukunft des Handelsgesellschaftsrechts: AcP 181* (1981) 1.

¹¹ Vgl. neustens die Umwandlung der Spitze der Schickedanz-Gruppe in eine Stiftung, AG 1982, R. 116 und die Überführung des größten europäischen Bürositzmöbelherstellers, der Sedus Christof Stoll GmbH & Co. KG in eine Stiftung, SZ 2. 5. 1985, 36. Vgl. ferner SCHEYHING, *Stiftungsunternehmen als Grundlage einer neuen Konzeption der Beziehungen in Unternehmen und Betrieb: Betr. 1983, 1412*. Zur ständig zunehmenden Bedeutung in der Schweiz mit unterschiedlichen Bewertungen und Rufen nach dem Gesetzgeber vgl. das Sonderheft von WuR 1985, 3 ff.